Einzelnummer 50 Pfennig

Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. Bezugspreis: Jährlich 50 M., halbjähl. 25 M., vierteljähl. 12.50 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 50 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Geschäftsleitung 9—11 Uhr. Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag bis Freitag 11—12 Uhr vormittags.

Anzeigenpreis: die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.— Ufanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen 1.— Pf. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 62 — München, Donnerstag, den 8. Heuert (Juli) 1920 — 34. Jahrgang

Die Wahrheit über Ungarn.

Die Reichsbank als Wucherzentrale.

F. A. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Aufruf an das bayerische Volk!

Die Preise für den Lebensbedarf steigen täglich, und haben eine wahnsinnige Höhe erreicht. Der Hunger klopft an unsere Türen. Während viele darben müssen, werden große Mengen einheimischer Lebensmittel ins Ausland verschoben. Viele faßt Verzweiflung.

So darf es nicht weitergehen.

Bayerische Männer und Frauen! Alle Regierungen haben gegen die übertriebene Preissteigerung, den Wucher und das Schieberunwesen bis jetzt versagt.

Die Regierung Eisner hat versagt.

Die Regierung Hoffmann hat versagt.

Die Regierung Kahr hat sich begnügt, vier Schlemmer-Gaststätten in München zu schließen und kommt über Beratungen nicht hinaus.

Der bayerische Landtag hat versagt.

Das Landes-Wucheramt hat völlig versagt; er verfolgt und straft nur die Kleinen.

Von der Reichsregierung ist nichts zu hoffen; sie ist selbst in den Händen von Schiebern und Betrügern. Berlin regiert uns zu Tode.

Bayerische Männer und Frauen! Es ist nicht wahr, daß die wahnsinnige Preissteuerung, die kein Ende nimmt, nur von den erhöhten Löhnen und von der schlechten Valuta herrührt.

Der Wucher ist es, der alles über jedes Maß hinaus verteuert, der behördlich geduldete Wucher, nichts als Wucher!

Bayerisches Volk, wach' auf und ertrag' es nicht länger! Deine Beauftragten in Regierung und Landtag versagen, du bist verraten und verkauft an Wucherer und Betrüger!

Sage dich los von Berlin, aber nicht vom Reich! Beseitige die Zwangswirtschaft!

Hilf dir selbst und setze ehrliche Männer ein, die endlich ernst machen und Galgen aufrichten für die schändlichen Blutsauger!

Eile tut not! Laß dich nicht länger an der Nase herumführen!

Die Angst.

Der Schweizer Bundesrat beschäftigte sich am vergangenen Montag mit einer Bitte der Israelitischen Gesellschaft, Maßnahmen zu ergreifen, um den Eintritt von antisemitischen Schriften aus Deutschland in die Schweiz zu verhindern. Der Bundesrat antwortete, daß keine ausreichenden Gründe vorliegen, die eine Störung der öffentlichen Ordnung durch diese Literatur befürchten ließen. Übrigens seien in dieser Sache die einzelnen Kantonbehörden zuständig.

Bei uns verlangen diese Herrschaften volle Preß-, Rede- und Versammlungsfreiheit, weil sie wissen, daß, solange ihnen die Presse gehört, sie die gesamte Parteiwirtschaft in der Hand haben und damit einen gewichtigen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte ausüben, so daß ihnen nichts passieren kann. Ist in Deutschland nichts mehr zu holen oder geht die Sache schief, dann bleibt immer noch die Schweiz. Hier, im Stapelplatz des internationalen jüdischen Kapitals, wo all die Kriegsgewinne der verschiedenen Länder niedergelegt sind, wäre der antisemitische Funke allerdings furchtbar gefährlich. Alle Unterdrückungen werden aber den Weg der Wahrheit nicht aufhalten können. Die Wogen der Erkenntnis und Säuberung werden auch über die Schweiz hinweggehen.

K. H.

Auf in die Judenfalle!

Laut Tageszeitungen nahm die Vollversammlung der Münchner Betriebsräte vom 30. Juni, offenbar im Anschluß an den Beschluß des internationalen Gewerkschaftsbureaus, folgende Entschließung an:

„Dem von Horthy und seinen Henkersknechten geknebelten und seiner Menschenrechte beraubten Proletariat Ungarns unseren Gruß und die Versicherung unseres Mitfühlens und der Mithilfe, die wir dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir uns dem Boykott der Reaktion in Ungarn anschließen und Arbeit verweigern, die den derzeitigen Machthabern in Ungarn zugute komme. Die Betriebsräte werden in dieser Beziehung eine strenge Kontrolle üben und jede Umgehung des Boykotts zu verhindern wissen. Volksgenossen, die diesem Beschlusse zuwiderhandeln, verlieren jedes Gemeinschaftliche mit uns und gelten als Streikbrecher."

Aus dem Inhalt.

Die Lüge vom weißen Schrecken in Ungarn.
Aufhebung der Wucherstellen.
Ein halber Monat Schieberei!
Polizeigewalt gegen das völkische Erwachen.
Wie Lebensmittelkrawalle gemacht werden.
Ein jüdischer „Beobachter" und sein christlicher Mitarbeiter.

Warum der Boykott gegen Ungarn erklärt wurde.

Der ungarische Kultusminister Stephan Haller deutete in einer Rede, die er anläßlich einer Tagung der Christlichnationalen Partei in Debrecen hielt, auf einige Aufgaben hin, deren Lösung die Partei anstrebt. Er führte u. a. aus:

„Unsere erste Aufgabe ist, das Land vom inneren Feinde zu säubern. Das ist kein Antisemitismus, sondern: Hungarismus, die Selbstverteidigung der Ungarn.

Wir wollen ein Gesetz schaffen, wonach das Judentum nur in dem Verhältnis am Volksvermögen teilnehmen darf, welches seinem Zahlenverhältnis, der tatsächlich geleisteten Arbeit und seinen Verdiensten entspricht, einem Verhältnis, das auch der Überlegenheit und der Zukunft der ungarischen Rasse und der Gerechtigkeit entspricht.

Die ungarische Arbeiterschaft kann für die Taten ihrer schlechten Führer nicht verantwortlich gemacht werden. Die ungarische Intelligenz hätte der Arbeiterschaft früher die Hand reichen sollen. Ich bin davon überzeugt, daß die Arbeiterschaft nunmehr zur Besinnung gekommen ist und die naturgemäße Führung der Intelligenz annimmt. Der ungarische Staat will eine Politik verfolgen, die der Arbeiterschaft einen ausreichenden Lebensunterhalt sichert. Die Christlichnationale Partei ist sozial gesinnt, und sie verlangt, daß ein jeder bekomme, was er nach seiner Arbeit verdient. Wir bitten die Arbeiter, daß sie nicht mehr solchen Führern folgen, die sie, wie Ratten das sinkende Schiff, im Augenblicke der Not verlassen. Diese durchgegangenen Ratten sitzen jetzt in Wien und in der Schweiz und verbreiten dort verleumdende Nachrichten über Ungarn, ihr „Vaterland". —

Das kleine Ungarn, das rings eingeschlossen ist von feindlicher Umgebung, gibt uns das glänzende Beispiel nationaler Wiedergeburt und Rassebewußtseins. Es weiß, wie schwer die Gefahren sind, die es in seinem völkischen Kampfe zu bestehen hat, aber: hier ist Mut, Entschlossenheit und die Quelle dazu: ausgesprochenes Volks- und Rassebewußtsein.

Das vergißt Juda dem tapferen Ungarn nicht. Der Boykott, ausgeführt vom allgemeinen Transportarbeiterverband im Einvernehmen mit dem internationalen Gewerkschaftsbund und dem Generalrat der Transportarbeiterföderation, ist nichts als der Versuch zu vollständiger Erdrosselung des gefürchteten Gegners. Des Gegners wessen? Der zum Ziele strebenden Weltherrschaftsgelüste der Juden.

Wie die Judenherrschaft in Ungarn gebrochen wurde.

Unser ungarischer Berichterstatter hat den folgenden Aufsatz vor Erklärung des Boykotts geschrieben. Inzwischen ist die ungarische Regierung zum Rücktritt gezwungen worden. Ob die Regierung wirklich die völkischen Belange vertreten hat, oder ob sie Fehler begangen hat, die vom völkischen Standpunkt aus verurteilt werden müssen, läßt sich vorläufig nicht sagen, da es sehr schwer ist, schnell zuverlässige Nachrichten zu erhalten. —

Der Anteil der Juden an der Bevölkerung ist in Ungarn schon in Friedenszeiten viel größer gewesen als in England, Frankreich und Deutschland. Das Geschäftsleben lag größtenteils in jüdischen Händen, nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande, und mancher Bauer klagte, daß er ohne einen Juden nicht einmal ein Schwein verkaufen könne. Die Zeitungen waren fast ausnahmslos in ihrem Besitz und mit ihnen beherrschten sie die öffentliche Meinung und die Politik des Landes. Auch ein Teil des Grundbesitzes gehörte ihnen. Obendrein bekamen sie während des Krieges starken Zuwachs durch die galizischen Juden, die massenhaft vor den Russen nach Ungarn flüchteten und die Zahl der Schieber hier stark vermehrten. Bald war nicht nur der Handel mit Lebensmitteln in jüdischer Hand, sondern auch die Verwaltung der Kriegsgesellschaften. Der hierdurch eingeheimste Verdienst wurde in Grundbesitz angelegt, so daß die Fremden immer mehr zu Herren des Landes wurden.

Diese Macht der Juden in Ungarn ist heute gebrochen. Die Regierung ist von ihnen und ihren Handlangern gesäubert, die Presse ist zum überwiegenden Teile in nationalungarischem Besitz, und immer mehr werden die Juden aus dem Zwischenhandel ausgeschaltet.

Wie war das möglich?

Aufklärung durch völkische Vereine.

Die Unzufriedenheit mit der jüdischen Mißwirtschaft veranlaßte klarblickende Männer, sich in Vereinen zusammenzuschließen, um den Gedanken der völkischen Einigkeit und der Befreiung vom Judentume in allen Volksschichten zu verbreiten.

Eroberung der Presse.

Hierzu brauchten sie die Hilfe der Zeitungen. Wie oben erwähnt, waren diese aber fast ausnahmslos in jüdischem Besitz. Sie zu erobern war die nächste und wichtigste Aufgabe der völkischen Kreise. Bei den Großgrundbesitzern wurde zuerst gesammelt. Aber der Erfolg war viel zu gering. Nun kam man auf den Gedanken, die große Masse der ärmeren Bevölkerung zu gewinnen und schlug das umgekehrte Verfahren ein. Man benutzte die eingegangenen Gelder ausschließlich zur Werbung für eine neue Aktiengesellschaft, die nur Aktien zu 25 Kronen ausgab. Im ganzen Lande wurden Versammlungen abgehalten, die überall die Gründung von Arbeitsausschüssen zur Folge hatten und ein überraschendes Ergebnis erzielten. Statt der erhofften 3 Millionen Aktienkapital wurden 13 Millionen gezeichnet. Das Unternehmen war gesichert. Da zettelten die Juden den Bolschewismus an und vernichteten damit das ganze Unternehmen, das von ihnen natürlich mit den schärfsten Mitteln unterdrückt wurde. Nur ein kleiner Teil des Kapitals konnte gerettet werden. Mit ihm begann die Arbeit nach dem Sturze der Bolschewisten von neuem in der vorigen Weise. Heute beträgt das Aktienkapital wieder 12 Millionen Kronen und befindet sich in den Händen von etwa 200 000 Ungarn, die natürlich alle Leser und eifrige Werber für das Unternehmen sind. Diese „Centrale Preßunternehmung" gibt vier große Tageszeitungen heraus, eine Zeitungskorrespondenz und eine ganze Anzahl von Wochenschriften. Sie hat die Judenpresse so arg an die Wand gedrückt, daß diese ihre Bedeutung verloren hat. Und mit der Vernichtung ihrer Presse ist den Juden in Ungarn das Heft völlig entglitten.

Es ist nicht zu verwundern, daß sich die Juden dafür zu rächen und die heutige Regierung Ungarns in jeder Weise in Verruf zu bringen suchen, wobei ihnen in fast allen Ländern der Welt die Presse zu beliebiger Verfügung steht. Unterstützt werden sie darin durch die unter ihrem Einfluß stehenden Freimaurer Ungarns, die mit Hilfe ihrer Bruderorganisationen im Auslande sich nicht genug tun können in falschen Pressemeldungen, wie z. B. über den angeblichen weißen Terror, Pogrome, Militarismus, Sozialistenverfolgung usw.

Wie erfolgreich man in jenen Kreisen arbeitet, zeigt ein eigenartiger Beschluß des internationalen Transportarbeiterverbandes, der unter jüdischem Einfluß steht. Um die neue judenfreie Regierung in Ungarn durch Boykott der Transportarbeiter zu stürzen, soll Ende Juni aller Verkehr der Nachbarstaaten mit Ungarn unmöglich gemacht werden.

Die Landesgenossenschaft.

Inzwischen wurde der Kampf in Ungarn auch auf wirtschaftlichem Gebiete durch Gründung einer großen Landesgenossenschaft (Hangya) aufgenommen, die nach einem ähnlichen Plane arbeitet wie die dänischen Bauerngenossenschaften und zahllose Untergenossenschaften auf dem Lande umfaßt. Die Centrale deckt den gesamten Geldbedarf, prüft die Bücher und die Bilanz und liefert einen Teil der Waren. Genossenschaften, die Geld von Juden borgen oder sonst gegen die Satzungen verstoßen, werden kurzerhand von der Liste gestrichen. Im Anschluß an diese Landesgenossenschaft wurde eine großgewerbliche Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 10 Millionen Kronen gegründet, die hauptsächlich landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeitet.

Die völkische Handelsvereinigung.

Auf dem Gebiete des Handels und der Industrie ist noch eine andere große Vereinigung entstanden, die das Judentum streng ausschließt und sich zur gegenseitigen Unterstützung und ehrlichem Handel verpflichtet, der „Baroß-Verband". Er hat strenge Gesetze für seine Mitglieder erlassen und jedes angreifbare Geschäftsgebaren hat den sofortigen Ausschluß zur Folge. Dadurch hat die Vereinigung ein großes Ansehen gewonnen, und schon die Zugehörigkeit zu ihr gilt als gute Empfehlung. Der Verband gibt Adreßbücher seiner Mitglieder heraus, in denen man alle Berufszweige übersichtlich geordnet findet und es ist zu hoffen, daß die nichtjüdische Kaufmannschaft anderer Länder beim Wiederaufleben des Handels mit Ungarn die Mitglieder dieser völkischen Handelsvereinigung bevorzugen wird. Der Grundsatz der Redlichkeit und des Zusammenschlusses sind nicht ihre einzigen Ziele. Sie unterhält außerdem ein besonderes Einigungsamt und ein Schiedsgericht mit angestellten Juristen, dem sich ihre Mitglieder unterwerfen müssen. Ferner hat die Handelsvereinigung sich die Ausschaltung des unnötigen Zwischenhandels zur Aufgabe gemacht und fördert die wirtschaftliche und gesellschaftliche Hebung der Angestellten, sowie die völkische Erziehung der Jugend.

Die Liga.

Neben der Landesgenossenschaft und der Handelsvereinigung gibt es noch kleinere Unternehmungen auf wirtschaftlichem Gebiete, die den Ausschluß des Judentums als Hauptziel ihrer Arbeit erwählt haben. Alle diese politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen sind zusammengeschlossen in der völkischen Liga, in die auch die Parteien ihre Vertreter entsenden. Da die Minister und hohen Beamten ebenfalls der Liga angehören, so steht ihr auch die Staatsgewalt zur Verfügung, so daß die Staatsmittel jetzt ebenfalls in den Dienst der völkischen Bewegung gestellt werden. Infolgedessen wird auch die Jugend unter Aufsicht der Liga zum völkischen Denken erzogen.

Die völkische Wirtschaftsbank.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Gründung der „Ungarischen völkischen Wirtschaftsbank" mit einem Kapital von 30 Millionen Kronen, die ebenfalls auf Veranlassung der Liga erfolgte und so großen Beifall fand, daß einzelne Bauern sogleich bis zu 30 000 Kronen dort einlegten. Große Unternehmungen waren bisher oft von dem Gelde der jüdisch geleiteten Banken abhängig; durch die völkische Wirtschaftsbank ist auch hierin Wandel geschaffen.

So ist Ungarn allen Ländern im völkischen Freiheitskampfe vorausgegangen und hat uns gezeigt, was selbstlose Arbeit der Führer und Einigkeit des Volkes vermag, denn:

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!

Aus der Zeit.

Die deutsche Regierung und deutsche Banken haben bei Holland als Sicherung des Wirtschaftsabkommens 80 000 Kilogramm Silber hinterlegt.

Nur fort mit dem Zimt, das deutsche Volk kann man mit und ohne Silber genau so hungern lassen!

•

In Spa sollen wir nach Wunsch der Franzosen nicht verhandeln, sondern nur Vorschläge machen dürfen. Das vereinfacht das Verfahren, unsere Abgesandten einzuseifen.

•

Wenn Deutschland die Bedingungen von Spa nicht annimmt, werden die Kohlen- und Eisenwerke des Ruhrgebiets von den Feinden gepfändet. Also wird man von vornherein mit unannehmbaren Bedingungen zu rechnen haben.

•

Die Polen haben in Thorn 17 deutsche Gewerkschaftler Mitglieder der U.S.P. und S.P.D.) standrechtlich erschossen, weil sie die Urheber eines Maueranschlags sein sollen, der in Graudenz von allen politischen Parteien zur Abstimmung gegen das Verbleiben der Polen in Westpreußen aufrief. Wären die Juden aus der U.S.P. draußen, so dürften auch die innerdeutschen Anhänger der U.S.P. sagen, daß sie Deutsche sind. Vorläufig schreibt aber die „Rote Fahne" noch, daß der deutsche Arbeiter in Oberschlesien und Ostpreußen mit der „Abstimmungskomödie" nichts zu tun habe. Es wird schon noch einmal Tag werden.

•

Gegen die Generalstreikhetze veröffentlicht der Ortsausschuß München des Deutschen Gewerkschaftsbundes einen Aufruf, in dem richtig darauf hingewiesen wird, daß in jedem Falle der Unordnung nur Wucherei und Schieberei ihre Rechnung finden. Einen Schritt weiter, und man wird erkennen, daß nur Wucherer und Schieber einen Umsturz wollen und als Macher hinter jedem Umsturz stehen.

•

Um den Dr. Heim und seine Politik ranken sich allerhand Vorwürfe, „Enthüllungen" und Verdächte. Der Kern scheint zu sein, daß Heim, wie alle anderen Politiker alter Schule, das Heil noch immer in Konstellationen, Gruppierungen, Abmachungen und Berechnungen sieht. Ehe die Vertrauensmänner des Volkes nicht grundsätzlich mit diesem Verfahren brechen, werden sie niemals Führer des Volkes, sondern höchstens mehr oder weniger glückliche Rechner sein.

•

Die „M.N.N." rücken nunmehr entschieden von der Frankfurt-Berliner Richtung der Demokratie ab. Ein Aufsatz, „Der Gegensatz", wohl von Herrn Gerlich, will anstelle der mechanistischen, und deshalb internationalen Demokratie eine idealistische und nationale Demokratie setzen. Mit Fremdworten kann man viel sagen!

•

Die Wiener Regierung wird sich wieder aus Sozialdemokraten und Christlichen bilden. Jüdling Renner tritt wieder auf und der Jude Deutsch wird gar Staatssekretär des Äußern. Armes Deutschösterreich!

•

Die Vorbereitungen zum kommunistischen Umsturz sind in Italien schon sehr weit gediehen. Man rechnet mit baldigem Losbrechen des Aufstandes. Lenin wird als Wunderheiliger verehrt. Der Vormarsch der Lüge ist noch nicht zum Stillstand gekommen.

•

Der Jude Samuel Gompers wurde einstimmig zum Präsidenten des amerikanischen Arbeiterbundes gewählt. — Bei uns führen auch die jüdischen „Arbeiterführer" unsere gläubigen Brüder brav und geordnet am jüdischen Weltwucherbörsenkapital vorüber und auf die letzten Reste des Arbeitskapitals im Sturmschritt los!

Daß der Konvent des amerikanischen Arbeiterbundes in Montreal für die jüdische Spottgeburt „Völkerbund" eintritt, nimmt da natürlich nicht wunder.

Die Lüge vom weißen Schrecken in Ungarn

Die britische Regierung veröffentlichte die auf den „angeblichen weißen Terror in Ungarn" bezüglichen amtlichen Berichte (London 1920, His Majesty's Stationary Office, Report on Alleged Existence of „White Terror" in Hungary) und stellt klipp und klar fest, daß es in Ungarn keinen weißen Terror gibt.

Der Leiter der militärischen Mission, Brigadier-General R. G. Gorton, stellte in dem amtlichen englischen Berichte fest: „Kein Volk in Europa hätte seinen Peinigern gegenüber so viel Selbstbeherrschung gezeigt, wie es die Ungarn getan haben." Der diplomatische britische Vertreter in Budapest, T. B. Hohler, berichtet: „Ich bin der Ansicht, daß das Verhalten des Admirals Horthy und seiner Truppen, indem sie dem Volke Selbstbeherrschung auferlegten und den Unwillen der breiten Massen in gesetzliche Rahmen lenkten, höchste Anerkennung verdiente. Selbst Führer der Sozialisten in Ungarn versicherten mir . . ., daß Horthy noch größere Machtbefugnisse erteilt werden müßten, da sie seiner Redlichkeit und Unantastbarkeit vollkommen vertrauen und der Ansicht sind, daß er seine Macht in richtiger Weise gebrauchen wird." Ferner: „Die im Auslande verbreiteten Nachrichten dürften ein Teil einer geschickten kommunistischen Propaganda darstellen, die von den aus Ungarn geflüchteten und hauptsächlich in Wien vereinigten Individuen betrieben wird." (Daß diese „Individuen" Hebräer sind, weiß jedes Kind.) Es gibt also in Ungarn keinen „weißen Schrecken".

Im Gegensatz zu diesen amtlichen englischen Feststellungen, die sich noch zahlreich vermehren ließen, ging vor wenigen Tagen durch die Zeitungen die Nachricht, daß das öffentliche England den Boykott gegen Ungarn deckt. Nun ist aber bekannt, daß nur die paar Leute, die zufällig mit der Leitung der Gewerkschaften betraut sind, den Boykottbeschluß faßten, weil Ungarn mit der Judenherrschaft kräftig aufräumen will. Hier steckt also ein Widerspruch, der wohl auf die Rechnung jüdischer Machenschaften zu setzen ist.

Nur hat die kalte Mordbande sich in dem Charakter des ungarischen Volkes gründlich verrechnet. Die Ungarn lassen sich nicht mehr einschüchtern, sie werden sich freihungern, wenn es denn anders nicht sein sollte. Damit geben sie der Welt, insbesondere Deutschland, das Beispiel, daß auch Alljuda besiegbar ist, wenn eine Nation sich einig und geschlossen gegen den jüdischen Giftbrodem wehrt. Hsj.

Der Judenboykott gegen Ungarn.

Die „Deutsche Arbeiter-Presse" (Wien) schreibt: „Wir sind gewiß vor dem Verdachte gefeit, Ungarnschwärmer oder Monarchisten zu sein. Die Staatsform eines fremden Staates geht uns gar nichts an — wenn es im nationalen Interesse gelegen wäre, würden wir auch mit Rußland gehen — und standen außerpolitisch auch während der Räteregierung in Ungarn auf dessen Seite gegen die Tschechen. Eine wahre Freundschaft zu den entjudeten Ungarn kann erst entstehen, wenn uns Deutschwestungarn herausgegeben wird. Daß aber die jüdischen Bolschewiken heute die Unkenntnis der großen Welt (die Kun-Leute haben 3000 Christen hingerichtet, die „Horthy-Ungarn" im ganzen 50 Juden) zu einer Judenhetze gegen Ungarn durch Betölpelung der Gewerkschaften verleiten, das ist ein schändlicher Mißbrauch, gegen den wir protestieren. Das arme Wien muß die Folgen einer Aushungerung tragen, damit Juda seinen Haß an einem antisemitischen Staat kühlen kann." Das könnten sich die deutschen Arbeiter merken!

Schlechtes Gewissen.

Der jüdische Abgeordnete Paul Sandor in Budapest protestierte am 22. Juni 1920 gegen den Boykott, da eine Reihe von Staaten, die Verfolgungen gegen die Juden bzw. Kolonialvölker verübt hätten, auch nicht boykottiert worden seien, weshalb auch der über Ungarn verhängte Boykott nicht die geringste ethische Berechtigung habe. Die Pester israelitische Gemeinde faßte gleichzeitig eine Entschließung, in der sie gegen den Boykott energisch Verwahrung einlegt.

Was heißt das nun? Zwei Tage nach der Verhängung des Boykotts ausgerechnet von jüdischer Seite diese Proteste! Dafür gibt es zwei Erklärungsmöglichkeiten: 1. Geht die Sache schief, dann wollen die Juden sagen können, daß „sie's nicht gewesen sind". 2. Gelingt die Sache und würde Ungarn dadurch wieder ins Chaos zurückgeschleudert, dann wollen die Juden der dummen Welt gegenüber bewiesen haben, daß „sie's wieder nicht gewesen sind". Das Ganze ein schlauer und altbewährter Täuschungsversuch der öffentlichen Meinung, der aber des stets deutlicher sichtbaren Bockfußes wegen nicht mehr allgemein verfängt. Zugleich fühlt man deutlich ihre feige Angst durch wegen des schlechten Gewissens!

Am falschen Ende.

Der Bericht der „Münchener Zeitung" über die Ausführungen des Landwirtschaftsministers Wutzlhofer im ständigen Ausschuß des Landtages enthält u. a.: „Eine glatte Unmöglichkeit nennt der Minister den Kampf gegen den Schleichhandel, weil sich das Publikum einfach nicht helfen lasse, in jedem Fall für den Schleichhändler Partei nehme und auf die behördlichen Organe losziehe." Der Satz zeigt mir, daß der Kern der Versorgungsfrage noch immer nicht erfaßt ist. Die Verbraucher werden die Regierung oder Ordnungsgewalt nie unterstützen, solange die Ernährung durchweg ungenügend ist, weil die großen Spitzbuben ganze Eisenbahnwagen voll Nährgut verschieben und durch die gewagtesten Preissprünge das ganze Volk ausrauben dürfen. Will man wirklich etwas bessern, so schaue man einmal bei den Bewilligungsbehörden nach, in Frachtgütern und auf den Übergangsbahnhöfen. Da fehlt's aber weit.

Ein einfaches Mittel.

In der oben angezogenen Rede sagte der Landwirtschaftsminister Wutzlhofer am 1. Juli weiter: „Die hermetische (heißt: völlig dichte) Abschließung Bayerns zum Schutz gegen Verschiebungen sei nicht möglich, denn zur Besetzung der bayerischen Grenze würde man nicht weniger als 86 000 Mann brauchen." Man würde das nicht brauchen, wenn man den Mut hätte, das Volk zum Selbstschutz gegen Wucher und Schiebertum aufzurufen. Wozu haben wir die Einwohnerwehr? Sie ist „das Recht des freien Mannes, sich selbst zu schützen." Also zugepackt! Schützen wir uns vor der Ausräuberung durch „eingesessene" und zugewanderte Lumpen! Ist etwa die langsame Enteignung durch den Wucher weniger gefährlich als die durch eine „Diktatur des Proletariats"?

Aufhebung der Wucherstellen.

Die deutschen Männer und Frauen, die sich bereits zum Kampfe gegen den Wucher zusammengeschlossen haben, können heute schon wirksame Arbeit leisten. Einsichtige Ämter haben bereits früher in Einzelfällen durch Abgabe ihrer Vorräte zum Selbstkostenpreis den Marktpreis erheblich drücken können, und selbst wo sie darauf zahlen mußten, wurde der Ausfall an öffentlichen Geldern vielfach gedeckt durch die Ersparnisse, die die Verbrauchergesamtheit durch jene Unterbietung der Wucherer machen konnte. Was liegt jetzt näher, als die Forderung zu erheben: Abtrennung der bayerischen Zweigstellen der Berliner Wucherzentralen von ihrem Wasserkopf, Freigabe der Vorräte an den geordneten Handel zum Selbstkostenpreis und damit sofortige natürliche Senkung der Preise? Damit aber, was sicher versucht wird, nicht auch diese Vorräte wieder in die Hände des Wuchers geraten, müssen die Abwicklungsstellen sofort mit vertrauenswürdigen Männern und Frauen besetzt werden, die den Kampf gegen den Wucher zu ihrer Aufgabe gemacht haben. Also sammelt euch, haltet euch bereit! Wählt die Leute, die Sachkenntnis, Mut und Tatkraft haben, wie wir sie brauchen. Wir müssen los von der Berliner Zwangs- und Räuberwirtschaft, um eine eigene, natürliche Versorgungswirtschaft aufzubauen.

Rückkehr zum Güteraustausch.

Der Zusammenbruch der Einheitswirtschaft ist nun endlich allen offenbar. Gleichzeitig dämmert es in den bekannten „weitesten Kreisen", daß nicht das Geld, sondern das Nährgut der allgemein gültige Wertmesser ist, worauf Germanus Agricola[1] ungehört schon 1916 und auch in diesen Blättern[2] nachdrücklichst hingewiesen hat. Der „Geldwahn" (sogar der Reichsfinanzminister Wirth gebraucht jetzt das Wort) fängt leise an, sich zu verflüchtigen. Jetzt tritt ein Herr Wilhelm Bors mit einem vernünftigen Vorschlag heraus, der nichts weniger will, als einen geordneten Güteraustausch zwischen Kohlenbau und Landwirtschaft herbeiführen, also weiter gedacht, zwischen Norddeutschland und Süddeutschland, wodurch die Erzeugung von Kohle und Lebensmitteln erhöht, bei gleichzeitiger Festsetzung gegenseitig entsprechender Preise (dreifacher Friedenspreis) eine natürliche Sachwährung eingeführt würde. Binnen kurzem würden so anstelle des Geldwahns und zinsfressender Schuldverschreibungen die menschliche Arbeit und ihre wichtigsten Erzeugnisse als Grundlagen der Volkswirtschaft wieder eingesetzt.

Jetzt Mut, Herr v. Kahr! Die Schwierigkeiten der Durchführung sind nicht unüberwindlich. Nur wenn die Kohlengötzen, die Juden und die gewerbsmäßigen Arbeiterhetzer die Sache in die Hand bekommen, wird nichts daraus oder das Gegenteil dessen, was erstrebt ist.

[1]) Germanus Agricola: Schafft billige Lebensmittel, München 1916 und 17, 2 Teile.
Germanus Agricola: Die Rettung des Mittelstandes, München 1919.
Germanus Agricola: Das Evangelium der Arbeit, München 1919.

[2]) Völkischer Beobachter Nr. 56, 57, 65, 66, 69, 70, 72 von 1919.

Die Reichsbank als Wucherzentrale.

Über die Reichsbank genauere Kenntnis zu verbreiten, haben seit einiger Zeit und besonders seit Kriegsende eine ganze Anzahl Veröffentlichungen[1] sich bemüht. Und man kann annehmen, daß es nicht mehr allzuviele Deutsche gibt, die sich über das wahre Wesen dieser Reichsausbeutungsanstalt im Unklaren sind. Unbegreiflich ist für den, der den deutschen Mitgliedern der politischen Parteien Deutschlands trotz allen traurigen Erfahrungen immer noch den ehrlichen guten Willen zu Reinigung und Aufbau des deutschen Volkes zubilligen möchte, daß sie alle an dieser offenkundigen Raubeinrichtung keinen Anstoß zu nehmen scheinen. Von Programmen soll dabei gar nicht gesprochen werden. Aber wo ist das öffentliche Auftreten in den Volksvertretungen, wo der Kampf der volks- und geldwirtschaftlichen Mitarbeiter in den Zeitungen, wo die Aufklärung der Hunderte von Rednern aller Richtungen gegen den offenbaren Volksbetrug, den die Reichsbank täglich und stündlich verüben darf? Alles schweigt. Eine Sozialisierungskommission tagt, neint: wocht und monatet, sie beschäftigt sich mit Kohle, Kali, Eisen, Wasserkraft und Elektrizität — aber von den Banken, oder auch nur von der Reichsbank fällt kein kleines Wort. Die Parteien klagen, fordern und versprechen, die Minister jammern, bitten und erwägen, — von der Reichsbank, der allen bekannten Zapfstelle am Volksvermögen nicht ein Wort. Nun sollen unsere Leser wieder dafür sorgen, daß die Wahrheit über die Reichsbank ihren Weg macht. Denn wenn etwas reif ist zur sofortigen Verstaatlichung, so ist es die Reichsbank G. m. b. H.

Die Reichsbank, hervorgegangen aus der Preußischen Bank im Jahre 1876, ist eine Aktiengesellschaft mit einem ursprünglichen Kapital von 120 Millionen Mark. Im Jahre 1901 wurde das Kapital um 30 Millionen auf 150 Millionen, und am 1. Januar 1905 nochmals um 30 Millionen, auf 180 Millionen Mark erhöht. Der Betrieb der Reichsbank steht zwar unter Reichsaufsicht, ist aber mit Ausnahme gewissen Aufgaben der einer Privatbank. Der Aufsichtsrat der Reichsbank besteht aus 15 Männern, von denen 11 Juden sind, und zwar: Siegfried Behrend, A. Meier, Bleichröder, Gelbke, Mendelsohn, Freiherr Abraham von Oppenheim, Plaut, Baron Moritz Karl von Rothschild, Th. Stern, Warschauer, Zwicker. Damit ist die enge Verbindung der „Reichsbank“ genannten „privilegierten Aktiengesellschaft von und für Juden“ (so drückte sich ein Herr Bamberger bei ihrer Gründung aus) mit der jüdischen Hochfinanz, mit den durch keinerlei Staatsaufsicht gehemmten Bankhäusern der jüdischen Internationale gewährleistet. Auch in einem anderen Sinne ist die Reichsbank ganz international, indem nämlich über ein Sechstel ihres Aktienkapitals in ausländischen Händen ist.

Um etwaigen Zweifeln die Spitze abzubrechen, verweise ich zur Nachprüfung meiner Angaben auf die amtlichen Veröffentlichungen der Reichsbank und des statistischen Amtes.[2] Es haben also auch während des Krieges ausländische Geldleute ihre schmutzigen Finger in den Finanzen des deutschen Reiches gehabt, und nicht nur heimlich, auf allerhand Umwegen, sondern ganz offen, mit Wissen aller Beteiligten, als Anteilseigner der „Deutschen Reichsbank“, als welche sie aus der steigenden Not des deutschen Volkes steigende Gewinne zogen und noch ziehen.

Denn das ist das Allergeheuerlichste an der Sache, daß die Gewinne der Reichsbank stiegen und immer höher stiegen, je tiefer das deutsche Volk ins Elend gestoßen wurde. Als Beweis betrachte man die Kurve „Reingewinne der Reichsbank von 1876 bis 1919“. Man sieht daraus, daß die Reichsbank in den Jahren 1876 bis 1910 entsprechend der steigenden Geschäftsausdehnung im allgemeinen stiegen, doch aber sich in gewissen mäßigen Grenzen hielten. Auffällig ist allerdings schon das Jahr 1907 (das Krisenjahr!) mit einem Reingewinn von etwas über 52 Millionen, während der durchschnittliche Gewinn in den Jahren 1876 bis 1919 nur 19 Millionen beträgt. Wir sehen nun, daß vom Jahre 1911 an mit immer steigender politischer Spannung auch der Gewinn der Reichsbank steigt:

1911	27,5 Millionen
1912	37,4 Millionen
1913	50,6 Millionen

Im ersten Kriegsjahre 1914 erreicht der Reingewinn die vorher nie dagewesene Höhe von 67 Millionen, um im sehr gefährlichen Jahre 1915 (italienische Kriegserklärung, die großen Angriffe im Artois, Champagne, Ostfront) gar auf 106,5 Millionen anzusteigen. Das Jahr 1916 brachte zwar den

Reingewinne der Deutschen Reichsbank von 1876 bis 1919

schließlich mißlungenen Angriff auf Verdun und wieder schwere Kämpfe im Osten, aber auch die siegreiche Abwehr in der Sommeschlacht und das Friedensangebot vom 12. Dezember. Und siehe da, der Gewinn der Reichsbank sank auf 96,3 Millionen. Nun muß eine fieberhafte Tätigkeit der unterirdischen Kräfte eingesetzt haben. Wir werden vielleicht nie erfahren, wie unter geschickter Benützung von Siegeswillen, vaterländischem Opfermut, aber auch Ehrgeiz, vaterländischer Gutgläubigkeit, militärischer Einseitigkeit, gewissenloser Gschaftelhuberei und [illegible] die dunklen Mächte in jener Zeit die deutsche Politik endgültig in die Hand bekamen. Genug, es kam die Erzbergersche Friedensentschließung, und schon stieg der Gewinn der Reichsbank im Jahre 1917 wieder auf 97,8 Millionen. Das traurige Jahr 1918 aber brachte 110,8 Millionen und im Jahre des Friedensschlusses von Versailles schloß die Reichsbank vergnügt mit einem Reingewinn von 115,5 Millionen Mark ab. Während dieser ganzen Zeit aber nahmen die ausländischen Anteilseigner an dem Gewinn der Reichsbank teil. Wo ihr und der anderen Aktionäre Vorteil lag, braucht nicht erst unterstrichen zu werden.

Nun wurden allerdings die Reingewinne der Reichsbank nicht restlos an die Anteilseigner ausgeschüttet. Schon im Jahre 1915 wurden sie stark beschnitten durch das Gesetz vom 24. Dezember, desgleichen durch die Gesetze vom 20. März 1918 und vom 29. März 1919, nach denen immer steigende Abgaben an die Reichskasse zu leisten waren. Trotzdem aber sind die Anteilseigner sehr wohl auf ihre Kosten gekommen. Davon wird in einem weiteren Aufsatz die Rede sein.

Kn.

[1] Gottfried Feder, Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft, Diessen 1919.
Theodor Fritsch, im „Hammer“, Leipzig.
Heinrich Pudor, im „Deutschen Finanzmann“, Leipzig.
Guido Röder, im „Völkischen Beobachter“ 1919, Nr. 64.
Karl Rohm, im „Leuchtturm“, Lorch i. Württbg. u. a. m.

[2] „Die Reichsbank 1876 bis 1910, Organisation und Geschäftsverkehr statistisch dargestellt“, Berlin 1912, gedruckt in der Reichsdruckerei.
Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich, Jahrgänge 1911 bis 1919.

Aus der edlen Schieberei.

In einem einzigen halben Monat dieses Jahres wurden auf einer bayerischen Übergangsstation folgende Schiebersendungen festgestellt.

. . . . . 20. An jüdische Firma, Frankfurt, Osthafen, 184 Sack Gerste, 10 184 kg. Abs. W. E., Waldenburg i. Sachsen.

. . . . . 20. An Eisenwerke R. (nachträglich nach Stockheim avisiert), ein Waggon Alteisen zum Einschmelzen. Abs. jüdische Firma, Karlsruhe.

. . . . . 20. An jüdische Firma, Lederfabrik, Trier a. Mosel, 1 Waggon Leder, 17 490 kg. Abs. S. O., Bamberg.

. . . . . 20. An Spediteur C. T., Aachen. 25 Ballen Hopfen 4097,5 kg, 10 Ballen Hopfen, 1632 kg. Abs. Jude, Bamberg. Dieser Jude hat später Beschwerde erhoben, weil sein ehrliches Geschäft auf Grund einer Anzeige einer Geschäftskontrolle durch das Wucheramt unterzogen wurde.

. . . . . 20. An Fa. L. G. & Co., Rotterdam, 58 Ballen Hopfen, 9993 kg. Abs. getaufter Freiherr, aber Urjude, Bamberg, Tabakfabrik, Fakturawert M. 200 000.

. . . . . 20. Herrn J. C. van D., Rotterdam, 66 Ballen Hopfen, gepreßt, 10 565 kg. Fakturawert 206 646 M. Abs. Jude, Bamberg.

. . . . . 20. An jüdische Firma, Nürnberg, bezw. Julius Hagen, Westfalen, bzw. Julius Paulmann, Lüdenscheid, Westfalen, Aluminium zum Einschmelzen, 5100 kg. Aufgeber: S. F. & Söhne, Spediteur, Erlangen. Frachtbrief geschrieben von anscheinend jüdischer Firma, Nürnberg, Adlerstr. 2.

. . . . . 20. An die Lederfabrik H. in Hirschberg a. d. Saale. 1 Waggon Häute 13 910 kg — 500 St., roh, gesalzen. Waggonannahme trotz Sperre genehmigt. Eisenbahndirektion Nürnberg. Abs. ein Jude in Bamberg. (Angehöriger der Kriegslederaktiengesellschaft. Ist bei Freiwerden des Leders 3 Millionen reicher geworden.)

. . . . . 20. Jüdische Firma, Frankfurt a. M. 1 Waggon Handtuchstoff aus Papier, 4825 kg. Abs. Jude in Bamberg. Die Franzosen usw. werden sich gefreut haben.

. . . . . 20. An badische Düngewerke, Mannheim, 215 Papiersäcke Knochenmehl, 10 050 kg. Als Düngemittel zur Verwendung im Inlande. Abs. jüdische Firma, nennt sich A. G. f. heimische Industrie, Forchheim i. B.

. . . . . 20. Hoffmanns Stärkefabriken, A. G., Bad Salzuflen, Lippe. 40 Ballen Reis, 3850 kg. Abs. J. B. R., Bamberg. Hier werden Lebensmittel bei größter Not zu Stärke verarbeitet.

. . . . . 20. Herrn Cäsar Mather, Spedition, Aachen, 34 Ballen Hopfen, 6606 kg. Abs. Jude in Bamberg.

. . . . . 20. An die Lederfabrik Hirschberg in Hirschberg 487 rohe, gesalzene Häute, 12 350 kg. Abs. Jude in Bamberg.

Die Aufschreibungen sind nur eine Auslese aus täglich 20 bis 30 Wagen. Anfragen bei den Behörden, ob die Wagen zu Recht laufen, wurden immer bejaht. Aus anderen Monaten besitzen wir ähnliche Angaben. Wer jetzt noch glaubt, daß dem Wucher mit behördlichen Verordnungen beizukommen ist, dem ist nicht mehr zu helfen.

Polizeigewalt gegen das völkische Erwachen.

Zu unserer Nachricht in letzter Folge des „Völkischen Beobachters“ geht uns noch folgender Bericht zu:

Eine unglaubliche Vergewaltigung der Presse und Gewerbefreiheit hat sich der sozialdemokratische Polizeipräsident Lübbring in Königsberg i. Pr. geleistet. Der Ostdeutsche Zeitungs-, Zeitschriften- und Büchervertrieb, Königsberg i. Pr., Steindammer Kirchenplatz, läßt seit einiger Zeit mit großem Erfolge neben anderen nationalen Blättern auch deutsch-völkische Zeitungen, z. B. Deutsch-Völkische Blätter, Hamburg, Deutsches Wochenblatt, Völkischen Beobachter, München, auf den Straßen verkaufen. Die wachsende Kauflust des Publikums nach dieser judengegnerischen Lektüre hat nun auf Betreiben von Juden den Polizeipräsidenten veranlaßt, den Verkauf der deutschen Wochenblätter und ähnlicher antisemitischen Blätter, welche dem Volk die ungeheueren Schäden zeigen, die unserm Vaterland durch die jüdischen unlauteren Geschäftsmachenschaften und durch die wüste Hetze in der [illegible]

Esther, eine bittere Lehre.

Das Unternehmen, das eine Zeitlang im Zirkus Krone die Pantomime „Esther“ aufgeführt hat, ist zusammengebrochen. Der Fall gibt denen, die jüdischen Plänen gegenüber allzu gläubig sind, eine bittere Lehre.

Bekanntlich stand auf den ersten Ankündigungen der Pantomime eine Bemerkung, die später wegfiel: „Nach einer Idee von Ernst Reicher.“ Ernst Reicher ist ein jüdischer Schauspieler, den das deutsche Volk begeistert als fabelhaften Meisterdetektiv Stuart Webbs für zwei, drei und mehr Mark in tausend Kinos täglich bewundert (für den Heilmann u. Littmann ohne Plangenehmigung eine große Filmhalle bauen durften. Bei dem Juden ging's, für ihn war Baustoff da!). Ernst Reicher hatte also wieder eine Idee und legte diese Idee mittelbar oder unmittelbar den tatenlustigen jungen Leuten nahe, die, eine Mü(nchner) The(ater) Ges(ellschaft) zu gründen, Geld und Kredit genug hatten. Ob Herr Reicher den Herren E. gesagt hat, welche besonderen Ziele er mit der „Idee“ verfolgte, wissen wir nicht. Tatsache ist nur, daß die nunmehr gegründete „Mütheges“ die „Idee“ aufnahm (sie hätten sie billiger im Alten Testament oder im Josephus finden können) und es so zuwege brachte, die neueste Reklame für jüdisches Wesen, jüdische Selbstgefälligkeit und jüdische Geschichtsfälschung vor die Öffentlichkeit zu bringen. Denn darauf lief die ganze Sache doch hinaus, und die nichtjüdischen Gründer der „Mütheges“ hätten das merken müssen, daß mit der Darstellung des Esterromans auf einer Nebenfront gegen das „bedrohliche Anwachsen des Antisemitismus“ gekämpft werden sollte. Man wünschte die Öffentlichkeit mit einer anscheinend unverfänglichen, in Wirklichkeit aber eine starke Drohung bergenden jüdischen Episode zu beschäftigen, um teils die dem Deutschen so nahe liegende Bewunderung alles Fremden wieder zu erregen und auszunützen, teils den bösen Verächtern Ju-das zuzurufen: Geht euch vor! Wie dem bösen Haman und seinen Söhnen geht's auch euch, wenn ihr nicht stille seid!

Es ist bekannt, daß der Roman von der jüdischen Königin Esther, ihrem Onkel Mardochai und seinem Feind Haman die jüdische Verarbeitung eines arischen Sonnenmythos ist. Es ist auch bekannt, daß diese Verarbeitung dem jüdischen Verfasser erwünschte Gelegenheit gab, den Sieg Judas über alle seine Feinde in der Form eines ausgewachsenen Pogroms darzustellen. Wir haben die einschlägige Stelle aus dem Buch Esther [illegible] Beobachters“ abgedruckt. Ähnlich schildert auch der jüdische Geschichtsschreiber Josephus den Hergang (Jüdische Altertümer, Buch II, [illegible] Feinden feiern die Juden des ganzen Erdkreises auch heute noch das Purimfest am 14. März. (Eigentlich hätte ja [illegible] ten losgehen sollen, es kam aber noch nicht dazu. Die nächste Gelegenheit bietet sich jedoch bald.) Es war uns also auch mit der Esther-Aufführung allerhand zugedacht, und daß die Juden die „Idee“ des Herrn Ernst Reicher wohl verstanden hatten, geht aus einigen Drohbriefen hervor, die wir zur selben Zeit erhielten. Aber in einem hatte sich der Vater der „Idee“ doch verrechnet. Die Deutschen, wenigstens zunächst die Münchener, taten ihm nicht den Gefallen, sich von der Reklame für Juda einfangen zu lassen, und sie zeigten nicht viel Verlangen, sich die Pantomime (Mysterium hatte man sie gar getauft) anzuschauen. Sie blieben weg.

Wir haben uns während der Spielzeit aller Angriffe auf das Unternehmen Mütheges enthalten. Wir wußten, daß jüdisches Kapital nicht in dem Unternehmen angelegt war, und hatten keine Ursache, die vielen Mitwirkenden durch Bekämpfung des Unternehmens in Not zu bringen. Und wir wußten auch, daß die bittere Lehre, die den Unternehmern jetzt erteilt wird, viel wirksamer sein werde, wenn sich zeigte, daß die deutsche Öffentlichkeit ganz ohne Beeinflussung sich äußerst kühl gegen die jüdische Reklame verhalten würde. Das aber muß, so bedauerlich es ist, daß deutsches Kapital und deutsche Arbeitskraft nun durch die jüdische „Idee“ geschädigt werden, weil sie dem jüdischen Reklamebedürfnis die Kastanien aus dem Feuer holen wollten, als das Erfreuliche in der traurigen Angelegenheit gelten: Die jüdische Berechnung ist diesmal fehlgeschlagen, die Deutschen fallen doch nicht mehr auf jede plumpe Anreißerei hinein.

Schauspiele und Musik.

Hans-Sachs-Schwänke im Steinicke-Saal. Auf gute alte deutsche Volkskunst zurückzugreifen, ist in heutiger Zeit an sich schon ein Verdienst. Denn die Freude an so kostbarem altem Kulturbesitz, den Juden und Judengenossen nicht verschachern, den Ententekommissionen nicht beschlagnahmen können, gibt den Impuls zu kultureller Tatkraft, steigert den Willen zu völkischer Selbstbesinnung.

Ein doppeltes Verdienst aber ist die Wiederbelebung alter Volkskunst, wenn sie in solcher Form geschieht wie am Donnerstag im Kunstsaal Steinicke. Dort boten eine Anzahl Studierender der Theaterwissenschaft eine Auswahl aus Hans Sachs' Schwänken: „Der Doktor mit der langen Nase“, „Das Kälberbrüten“, „St. Peter vergnügt sich mit seinen Freunden auf der Erde“. Das Geleistete zeigte von ebensoviel Lust und Liebe wie Sachverständnis. Die kraftvoll-naive Sinnenfreude, die derbe Komik, hinter der sich des Meistersingers ernsthafte Kritik der Unsitten seiner Zeit verbirgt, gelangte zu lebendigem Ausdruck. Ausgezeichnete Leistungen, die über den Rahmen des Steinicke-Saales hinaus Beachtung verdienen, bot Herr W. K. Gurr als Träger der Hauptrollen. Herr Kranzelin, als Junker (im ersten Schwank) zu befangen, zu wenig sicher im Spiel, scheint stimmlich gut veranlagt; die schöne Würde Petrus' (im dritten Schwank) traf er recht gut. Auch die Herren Lallinger und F. W. Müller machten ihre Sache brav. Regie: Gurr, Kloebe, Wichner. Ausstattung: Kunstmaler Felix Graf. — Gewisse Unzulänglichkeiten, die solchem ersten Gehversuch auf den [illegible]

jüdischen Presse, die täglich den Arbeiter gegen den Bürger und die Stadt gegen die Landbevölkerung und umgekehrt hetzt, erwachsen, in der inneren Stadt zu verbieten. „Die Rote Fahne", „Die Freie Liebe", „Die Freiheit" und andere radikale und Schmutzblätter dürfen selbstverständlich überall vertrieben werden; sie wenden sich ja gegen das gesamte deutsche Volkstum und seine Einrichtungen. Die völkischen Zeitungen aber, die die jüdischen Übergriffe bekämpfen, werden trotz Verfassung und sonstiger garantierten Rechte durch einfache Polizeiverordnung boykottiert. Und das nennt man dann die neue Freiheit und das gleiche Recht für alle!

Deutscher Volksbund. E. V. Königsberg i. Pr.
J. A.: P. Gehrke.

Die Verfügung des Königsberger Polizeipräsidenten lautet:

An die Geschäftsstelle des Deutschen Volksbundes, z. H. des Herrn Getzke.

Es hat sich herausgestellt, daß durch den Straßenverkauf der von Ihnen vertriebenen Zeitschriften, Völkischer Beobachter, Völkische Blätter und Deutsches Wochenblatt in der inneren Stadt der Straßenverkehr erheblich gestört worden ist.

Im Interesse des öffentlichen Verkehrs ordne ich deshalb auf Grund des § 157 der Straßenordnung folgendes an: Ihren Verkäufern wird der Verkauf der vorgenannten Druckschriften auf den Plätzen und in den Straßen der inneren Stadt untersagt. Als Verkaufsstelle weise ich Ihnen den Viehmarkt, den Platz am Roßgärter Tor, Arresthausplatz, Oberhaberberg, Oberlaak und Kurfürstendamm an.

Falls Ihre Verkäufer, welche ich noch besonders anweisen lassen werde, meiner Anordnung nicht Folge leisten und an anderen als den von mir bezeichneten Stellen angetroffen werden sollten, werde ich mich gezwungen sehen, die Ihnen erteilten Erlaubnisscheine einziehen zu lassen. gez. Lübbring.

Wir sind auf Kampf gestellt und wissen, daß wir kämpfen müssen. Verfügungen von Polizeipräsidenten, die auf Judengeheiß arbeiten, sind stumpfe Waffen, die wir nicht zu fürchten brauchen. Unseren Freunden in Königsberg aber frohen Gruß! Sie werden unsere Sache zu verfechten wissen.

Wie Lebensmittelkrawalle gemacht werden

Zu unseren Bemerkungen in Nr. 61 fügen wir den Bericht eines Augenzeugen des Lebensmittelkrawalles in Ulm am 22. Juni, der handgreiflich beweist, daß die gerechte Empörung der Bevölkerung über die Lebensmittelauswucherung stets von den jüdischen Treibern zu blinder, dummer, selbstschänderischer Plünderungs- und Zerstörungswut mißleitet wird.

„Am 22. d. M. fand in Ulm wegen der schamlosen Preistreiberei ein Demonstrationszug aller Volkskreise statt. Er schien ganz friedlich zu verlaufen, bis Leute in Matrosenuniform und Juden die erregte Menge auf das von ihnen gewollte Gleis schoben: Erstürmung des Rathauses, auf die Straße geworfene Einrichtung und Akten und Bedrohung der Beamten waren die Folgen. Jetzt wurde die Sicherheitswehr gerufen, die eine Engelsgeduld bewies, trotzdem sie von der aufgehetzten Menge mit Flaschen, Stöcken und Fäusten mißhandelt wurde. Erst als ein Soldat beinahe zu Tode getrampelt war, schoß die Wehr, und zwar zuerst mit Platzpatronen. Das war für die Judenbuben und alten jüdischen Galgengesichter das Zeichen zu erneutem Hetzen und Schüren: ‚Der Offizier hat befohlen zu schießen auf uns Brüder, auf de Arbeiter, wo doch sein im Recht, wenn se schimpfen auf die teure Lebensmittel, holt ihn doch heraus, den muß ma aufhänge, so ein Schuft, ich zittere vor Aufregung!' So ging's an fünf bis sechs Stellen, wie ich selber genau hörte. Einen der Kerle stellte ich zur Rede, warum er nicht selber den Anfang mache mit dem Herausholen und die jungen dummen Leute gegen die Maschinengewehre hetze. Da verkrümelte sich der feige Hund. Das Ergebnis: fünf Tote und noch mehr Verwundete, aber El Schaddai sei gepriesen: kein Tropfen koscheres Blut ist geflossen. Aus den umliegenden Judenpalästen schauten die feisten Judenvabalisten zu, wie Deutsche sich gegenseitig die Köpfe einschlagen auf Befehl Judas! Bezeichnend ist auch, daß die Ulmer Millionäre und Großschieber von ihrem Klublokal aus die Sicherheitswehr mit Bravo und Händeklatschen und ‚Tritt gefaßt!' begrüßten. Wie dieser Vorgang aufpeitschend auf die Menge wirkte ist klar. Die Brüder sind einander würdig." J. Dn.

Die Abrechnung wird aber kommen!

---

den Brettern naturnotwendig anhaften, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Aufführung ein ernstzunehmendes Versprechen bedeutet. Die Leistung erntete lebhaften und warmen Beifall.

Zwischendurch las Konstantin Delcroix einige kleinere Sachsische Dichtungen; seine sachliche, anspruchslose, saubere Vortragsweise fand wohlverdienten Beifall. H. S. M.

Münchner Lustspielhaus. Gastspiel der Operettengesellschaft Curt Olsers.

„Die geschiedene Frau", Operette von Leo Fall, wurde am 1. Juli in den Räumen des Lustspielhauses zum erstenmal gegeben, und erwies aufs neue ihre Wirkung auf das Publikum. Die Operette, textlich ein übles Machwerkchen, nicht gefügt, nur rasch zusammengenagelt, lebt von den drei Schlagern, die ja seit langem in allen Kaffeehäusern gespielt, von jedem Jungen gepfiffen werden. Gewiß, auch einige Tanzeinlagen sind da, und erfüllen ihren Zweck, bei offener Bühne Applaus zu entlocken, aber sie traten hier, das „Man steigt nach", und den Fischertanz ausgenommen, zurück.

Das Orchester gab sich unter Egon Wetzelsbergers sicherer Leitung redliche Mühe. Feinheit und Leichtigkeit werden sich noch einstellen.

Herrn Matzingers Spielleitung war umsichtig. Zwar die Tänze kann man sich reizvoller vorstellen. Aber die Hauptaufgaben des Regisseurs waren glücklich gelöst. Vor allem ist das Geschick anzuerkennen, mit dem der Spielleiter die beiden weiblichen Hauptrollen besetzte.

Das Publikum zeigte sich bei der Sonntagsaufführung sehr dankbar. Schwangen.

Talmudisches Jammern der „Münchner Post".

Die Regierung von Kahr hat den Schweizer Juden Dr. Fried aus seinem Wohnsitz in München ausgewiesen. Darüber zetert und greint „Die Volksausgabe des Talmud" in allen Tönen.

Wer ist Dr. Fried und was verlieren wir an diesem edlen Menschenfreund? Die Antwort dürfte uns das Novemberheft 1918 seiner „Friedenswarte" geben. Da heißt es: „Wir müssen den Demokraten des Westens auf den Knien danken, daß sie gesiegt haben. Ihr Sieg hat auch uns (!! Deutsche nicht, aber die Juden) befreit!"

Und die Sozialdemokraten lassen sich von ihrem Blatt wegen dieses Juden gar zum empörten Mitleid bringen und wundern sich dann noch, daß ich die M. P. mit jenem zünftigen Judengesetzbuch vergleiche? Auf Wiedersehen! Dsi.

Einladung

zur

Gründungs-Versammlung

des

Bundes der Beobachterfreunde

(Freunde des „Völkischen Beobachters")

Am Mittwoch, den 28. Juli 1920, nachmittag 6 Uhr, findet in München die Gründungsversammlung des „Bundes der Beobachterfreunde" statt.

Welche Räume dazu gewählt werden, das wird in einer der nächsten Nummern des „Völkischen Beobachters" bekannt gegeben.

Wir laden dazu alle Freunde des „Völkischen Beobachters" ein, jedoch ist frühzeitige schriftliche Anmeldung zur Teilnahme unbedingt erforderlich, damit die Vorbereitungen hiernach getroffen und Plätze bereit gestellt werden können.

Die Tagesordnung lautet:

1. Warum wir den Bund gründen.
2. Genossenschaftlicher Zusammenschluß.
3. Die Arbeit des Bundes.
   Berichterstatter: F. X. Eder, Geschäftsführer des „Völkischen Beobachters".
4. Was will der Beobachter?
   Berichterstatter: Bernh. Köhler, Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters".
5. Wahl der Bundesleitung.
6. Beratung der Satzungen.

Diskussionsberechtigt sind alle Teilnehmer, die sich beim Eintritt entsprechend ausgewiesen haben.

Stimmberechtigt sind allein die bis zur Gründungsversammlung aufgenommenen Mitglieder, wenn sie die Mitgliedkarte (mit Lichtbild) vorweisen.

Eintrittsgeld zur Deckung der Saalkosten 1 M. für die Person.

Die Mitglieder werden gebeten, Freunde des „Völkischen Beobachters" in möglichst großer Zahl mitzubringen.

Alle wahren Freunde des „Völkischen Beobachters" sind uns willkommen und sollten an der Gründungsversammlung teilnehmen, da besonders der genossenschaftliche Zusammenschluß, der wohl die meisten Teilnehmer bestimmt zum Beitritt veranlassen wird, schriftlich nicht behandelt werden kann.

Unserem Bunde ist die Aufgabe zugedacht, Zweck und Ziel der deutschvölkischen Bewegung zu unterstützen, wie sie von vielen Deutschvölkischen schon seit langem erwartet wird.

Parteipolitische oder religiöse Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten werden nicht behandelt, und da wir nichts zu verbergen haben, soll Geheimniskrämerei dem Bunde fernbleiben.

Wer sich über den Zweck des Bundes unterrichten will, verlange von uns gegen Einsendung von 1 M. in Papiergeld oder Marken die vorläufigen Satzungen, Aufnahmegesuch usw., die in großen Zügen darüber Aufschluß geben.

Deutsche Männer, deutsche Frauen, die Ihr Euch unserem Werke widmen wollt, seid herzlich willkommen!

Bund der Beobachterfreunde
Geschäftsstelle München, Thierschstraße 15.

Die Eroberung deutschen Landes durch die Juden.

Während des Krieges hatten die erfolgreichen Schieber es besonders auf Schlösser, Landhäuser usw. abgesehen, auf denen die feisten Schmarotzer dann die Herren zu spielen wünschten. Jetzt mehren sich die Anzeichen, daß der Angriff auf deutsches Bauernland mit allen Mitteln ausgeführt wird. So erscheinen jetzt in Zeitungen mit ländlichem Verbreitungsgebiet Anzeigen wie diese:

Hofgut, Größe egal, gegen Kassa zu kaufen gesucht. Für Nachweis wird hohe Provision bewilligt. Dauscher & Rupp, Frankfurt a. M., Ludwigstraße 6.

Oder:

Gut, gleichviel welche Größe, wenn möglich tuberkulinisiert, suche ich sofort zu kaufen. Kaufgenehmigung wird mir erteilt. Ausführl. Angebote unter M. U. 8406 an Rudolf Mosse, München.

Rudolf Mosse ist, wie unsere Leser wissen, Ruben Moses in Berlin. Nach allem Drum und Dran (Größe egal, gegen Kassa usw.) kommen nur jüdische Kaufliebhaber in Frage kommen. „Kaufgenehmigung wird mir erteilt" kann doch nur bedeuten, daß dem Kaufsucher die Genehmigung rechtens nicht zustünde. Es handelt sich hier merklich um dieselbe Bewegung, die von den jüdischen Hilfsvereinen aus die Juden im deutschen Lande anzusiedeln sucht. Wo die deutschen Bauern bleiben, ist ja gleich. Von solchen jüdisch besetzten Höfen wird dann der Einfluß auf Genossenschaften, Preisbildung, „Sozialisierung", d. h. Zusammenfassung in jüdischer Hand, organisiert. Deutsche Bauern seid auf der Hut! Schließt euch zusammen, helft euch gegenseitig, damit der Jude nicht den vorübergehend Schwachen von Haus und Hof jagt!

Aus der Bewegung.

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Ortsgruppe Bayreuth.

Am Samstag, den 19. Juni, hatte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund Bayreuth einen Vortragsabend in Weidenberg anberaumt. Herr Ingenieur Rumler eröffnete die Versammlung, wies kurz auf den Zweck derselben hin und erteilte sofort dem Redner des Abends das Wort. In einem etwas mehr als einstündigem Referat entrollte Herr Ludwig Gesselmann die Judenfrage und behandelte in sachlich einwandsfreier Weise das schwierige Thema. Eingehend beleuchtete er die Rassenfrage und stellte die Leistungen der Arier und Juden für den Fortschritt der Menschheit einander gegenüber. An Hand vieler Beispiele wies er die ungeheuere Überhebung des Judentums nach und zergliederte eingehender die zersetzende Macht desselben in Handel und Wandel, in Wirtschaft und Politik, in Kunst und Literatur, in Krieg und Revolution. Vernichtende Kritik übte er an den jüdischen Verbänden und an den jüdischen Revolutionsmachern, die den asiatischen Irrwahn des Bolschewismus in unser Bayernland verpflanzen wollten, und kam dann auf die Urteile der erleuchtetsten Geister aller Völker und aller Zeiten in bezug auf die Judenfrage zu sprechen. Demgegenüber stellte er die Urteile gebildeter Juden über das Gebaren ihrer eigenen Rasse, die die vorhergegangenen Urteile nur bestätigten. Mit einem flammenden Appell mahnte er, daß wir eines Blutes, daß wir Deutsche sind, und daß wir demnach zusammengehören. Mit den ewig schönen Worten des Rütlischwures: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr, wir wollen frei sein wie die Väter waren, wir wollen trauen auf den höchsten Gott und nimmer bauen auf die Macht der Menschen, schloß er seine eindrucksvollen Ausführungen, die mit reichem Beifall belohnt wurden. Einige kerndeutsche Worte des Herrn Ingenieur Rumler folgten, der nach einer Pause von fünf Minuten die Aussprache eröffnete. Herr Dr. Schillfahrt führte aus, daß es unmöglich sei, die Juden in allen Gebieten unseres wirtschaftlichen und politischen Staatsgetriebes auf 1,8% ihres Bevölkerungsanteils zurückzuführen, sondern man müsse sie unter Fremdenrecht stellen. Vorredner entgegnete, daß dies eines der vornehmsten Ziele des Bundes sei. Im Anschluß hieran sprach Herr Wachtmeister Schmuck noch einige kernige Worte und verlas mit gehobener Stimme das Programm des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Hierauf erfolgte die Gründung der Ortsgruppe, der die meisten der anwesenden Männer und Frauen beitraten. Herrn Ingenieur Rumler wurde in ehrender Weise der Vorsitz übertragen. Mit dem schönen Liede „Deutschland, Deutschland über alles", schloß wirkungsvoll der Abend. F. W.

Die Ortsgruppe Weiden des Deutschen Schutz- und Trutzbundes hielt am Sonntag, den 27. Juni, auf der schöngelegenen Blockhütte des Fischerberges unter sehr großer Beteiligung eine Sonnenwendfeier ab, die der Ortsgruppe in jeder Beziehung Ehre macht. Bei Eintreten der Dunkelheit wurden Feuerkünste und das Johannisfeuer abgebrannt. Musik, Gesänge und Ansprachen füllten den Abend aus, und erst um 11 Uhr bewegte sich unter Musik und Gesang die Schar nach Hause. Jedem Teilnehmer wird diese Feier eine freudige Erinnerung bleiben und weiterhin ein Ansporn sein zu deutschem, volksbewußtem Denken, Fühlen und Handeln.

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei.

„Der Jude als Arbeiterführer" lautete das überaus zeitgemäße Thema, über das am Donnerstag abend im Bürgerbräu in einer überfüllten öffentlichen Versammlung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei die Herren Hitler und Ehrensperger sprachen. „Die Juden", so führten die Redner aus, „die bekanntlich nur 1,33% der in Deutschland wohnenden Bevölkerung ausmachen, haben es verstanden, durch Weltkrieg, Umsturz, Demokratisierung, Lüge und Betrug das deutsche Volk zu willenlosen Heloten ihrer internationalen Finanzinteressengemeinschaft zu machen. Die Führung der deutschen Arbeiterschaft aller sozialistischen Richtungen, die sich doch nach Lassalle „frei zu halten habe von Juden und Kapitalisten, denn wo diese auftreten, verfolgen sie ihre eigenen Interessen", liegt heute zu 90% in jüdischen Händen. Während die Sozialdemokratie die 12 Milliarden deutsches Betriebs- und Arbeitskapital, mit dem das werktätige Volk auf Gedeih und Verderb verbunden ist, bekämpft, schützt sie das ca. 250 bis 300 Milliarden betragende, in den Händen der Großbanken, der Morgan, Bleichröder, Rothschild, Warburg, Löwe befindliche Leih- und Börsenkapital. Der Kampf, den die jüdischen Führer der Sozialdemokratie gegen dieses Kapital führen, ist lediglich ein Scheinkampf. Es ist tief bedauerlich, daß, obwohl bekanntlich der Jude niemals werteschaffender Handarbeiter, sondern immer nur Schacherer und Händler ist, unsere heute trotz aller Versprechungen immer noch wirtschaftlich nicht viel besser gestellte Arbeiterschaft sich von dieser Clique anführen läßt. ...

Schuld an diesen Zuständen ist die völlig von jüdischem Kapital abhängige, in jüdischem Sinne geleitete Arbeiterpresse. Für die Arbeiterschaft, für das deutsche schaffende Volk, das nach Erlösung schreit und nach einer wirtschaftlichen Besserstellung, gibt es nur ein Mittel: Lösung der Judenfrage und Brechung der Zinsknechtschaft. Langanhaltender, tosender Beifall lohnte die beiden Redner.

Die sich den Referaten anschließende freie Aussprache brachte den Beweis, daß es immer noch genug deutsche Arbeiter gibt, die sich als Handlanger der semitischen Sippe, die selber zu feig ist, um ihre Interessen öffentlich zu vertreten, gebrauchen lassen. Genossen aller Richtungen, auch eine recht streitbare Genossin, glaubten im Namen der Menschlichkeit für das arme, unschuldige und harmlose Judentum eine Lanze brechen zu müssen.

R. J. Gorsleben konnte in streng sachlichen Ausführungen diese Rettungsversuche leicht zurückweisen.

Ein kurzes Schlußwort Hitlers beschloß den Abend. gh

Ein jüdischer „Beobachter" und sein christlicher Mitarbeiter.

In Stuttgart erscheint auch ein „Beobachter", aber ein jüdischer, und zwar als Parteiorgan der deutsch-demokratischen Partei, die sich ja offen als Partei des Judentums bezeichnet. Seine Schreiber sind zwar meist Nichtjuden, aber das ist keine Aufhebung, sondern nur eine Verschlimmerung der oben festgestellten Tatsache. Dieser „Beobachter" brachte vor kurzem (Nr. 143) einen Aufsatz des evangelischen Pfarrers Esenwein „Wider die Judenhetze", auf den ein hervorragendes Mitglied des Landesvereins Württemberg im Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund in der folgenden ausgezeichneten Weise antwortet:

Die Nummer 143 des „Beobachters" mit einem Aufsatz „Wider die Judenhetze" (von kirchlicher Seite usw.) wurde mir von einem Demokraten des Orts zugesandt, nachdem die Ankündigung eines „Aufklärungsvortrags über die Judenfrage" im Lokalblatt erschienen war. Die Namensunterschrift des Aufsatzschreibers, Stadtpfarrers Esenwein, war mit fetten roten Strichen und ebensolchen drei Ausrufungszeichen ausgezeichnet. Merk' dir's, Pfarrer: „Kirchliche Seite, Stadtpfarrer, Judenhetze." Selbstverständlich, diese Verwertung des Artikels, zumal bei der Art der Ausführungen, die er bringt! Nun sage ich nichts dagegen, wenn ein evangelischer Geistlicher unter Umständen auch im „Beobachter" seine Meinung zum Ausdruck bringt. Nur meine ich, sollte er sich dabei doch der Rücksicht bewußt bleiben, die er auch seiner Kirche, seinem Stand und der Auffassung anderer schuldig ist, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Ich meine, wenn ein evangelischer Geistlicher diesen Weg beschreitet, um seiner Meinung öffentlichen Ausdruck zu geben, dann muß es in objektiver, auch im Angriff würdiger und der Sache, über die er schreibt, wirklich gerecht werdender Weise geschehen. Davon kann ich aber in dem Artikel nichts sehen. Er ist selbst ein Hetzartikel unschöner Art gegen den Antisemitismus und von vornherein auf einen Ton gestimmt, der eine sachliche Auseinandersetzung unmöglich macht. Die Behandlung der ausgeführten Gesichtspunkte und Fälle im einzelnen ist mit dem Satz eingeleitet: „Es ist ein beschämendes Zeugnis von geistigem Tiefstand, daß die grotesk-lächerlichen Methoden des vulgären Antisemitismus diesen in ‚gebildeten' Kreisen nicht schon lange unmöglich gemacht haben." Man mag über den Antisemitismus denken, wie man will, so kann man ihn nicht erledigen. Auch nicht mit der Art, wie nun die einzelnen Punkte und Fälle ausgeführt werden. Diese Art erinnert zu sehr an die ausgesprochen jüdische Taktik und Methode, aus einer Sache ein Zerrbild zu machen, um sie dann mit „Emphase" für erledigt zu erklären. Diese Art könnte unschwer an den einzelnen Ausführungen nachgewiesen werden*.

Esenwein kann freilich dem Antisemitismus nicht gerecht werden auf dem Standpunkt, den er zur Judenfrage einnimmt. Im ganzen Aufsatz hat er von ihr nichts anderes zu sagen, als am Anfang: „Wir bestreiten nicht das Vorhandensein einer Judenfrage; eine sachliche Auseinandersetzung darüber (mit wem denn?) ist möglich und nötig." Das klingt ja fast gnädig. Mich dünkt das, als wenn einer vor einem Großfeuer schlimmster Art als ruhiger Zuschauer steht, der das Vorhandensein des Feuers nicht mehr bestreitet, nachdem es seine verhängnisvollste Ausdehnung schon genommen hat; nun scheint es ihm sogar möglich und nötig, über die Gefahr zu disputieren. Mit wem wohl? Oder gibt der evangelische Stadtpfarrer das Großfeuer und seine verzweifelte Gefahr gar nicht zu? Sieht er's nicht? Wenn er's zugibt und sieht, dann ist es doch kein Standpunkt mehr, sein Dasein nicht bestreiten zu wollen und eine Auseinandersetzung darüber für möglich und nötig zu erklären. Da stehe ich wirklich vor etwas mir Unbegreiflichem. Juda feiert offen und unverhüllt schon seine Triumphe, hat mit seinem Kapital der Börse, der Presse, der Loge die Hand auf allen Gebieten unseres Staats- und Volkslebens, dem geistigen und wirtschaftlichen; es verfolgt mit der Zähigkeit und Skrupellosigkeit seiner Rasse sein Ziel. Daraus macht Juda kein Hehl mehr, wir können es hören, lesen und erleben. Und der evangelische Stadtpfarrer will das Vorhandensein der Judenfrage nicht bestreiten. Oder ist das alles nach Esenwein gar nicht ernst zu nehmen? Ja, mehr will der Jude nicht, als daß der Michel Michel bleibt und ihn nicht ernst nimmt, wie unseren Ententefeinden damit am besten gedient war, daß Michel sie nicht ernst genommen hat. Aber es berührt den evangelischen Stadtpfarrer die Auffassung vieler hunderttausend ernster vaterländischer deutscher Männer und Frauen nicht weiter, die das Verderben des Judentums für unser Vaterland erkannt haben und um seine Zukunft bangen; das Verderben, das die Größten und Besten in unserer deutschen Geschichte immer erkannt haben!

Das alles und der Geisterkampf, der nun entbrannt ist zur Befreiung des Vaterlandes von der jüdischen Gefahr, erscheint nun nach dem Artikel im „Beobachter" lediglich als „Antisemitismus und Judenhetze". Das allein wird der Eindruck sein für die Leser des „Beobachters". Welche Genugtuung und Freude für das Judenvolk und seine Gesinnungsgenossen, einen evangelischen Stadtpfarrer als Kronzeugen zu haben! Daß er wirklich etwas Gutes mit diesem Artikel schaffen könnte, wird Esenwein selbst nicht in Rechnung genommen haben, nur Verschärfung von Bitterkeit und Haß kann die selbstverständliche Folge sein. Auch keine Spur von dem furchtbaren Ernst der Judenfrage, der verhängnisvollen Gefahr für das deutsche Vaterland. So fällt das Schlimmste, das Esenwein dem Antisemitismus sagt, auf ihn selbst zurück: „Das ist eine der größten moralischen Gefahren — des Artikels im ‚Beobachter' —, daß er die Selbstbestimmung hindert und lähmt, daß er in den deutschen Christen — sagen wir Juden und Judengenossen — einen entsetzlichen Pharisäismus züchtet."

Neben dem „Beobachter"-Artikel des evangelischen Geistlichen liegt vor mir ein Artikel über die Judenfrage aus dem Sonntagsblatt für das katholische Volk, „Leo", in Paderborn vom 22. Februar 1920, gewiß von einem katholischen Geistlichen geschrieben, und beginnend mit dem Satz: „Wie stellt sich der Christ zur Judenfrage?" Diesen Artikel lese ich und schäme mich nun für den „Beobachter"-Artikel des evangelischen Geistlichen. Dort ist das, was Esenwein für eine Auseinandersetzung fordert und ich in seinem Artikel nicht finden kann: Vernunft, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit, und die Parole für den Christen: „Nicht Judaismus, sondern Christenschutz!"

Rottenburg a. N., 27. Juni 1920.

Pfarrer a. D. Stockmayer.

* Auch die Redensart von „beschämendem" Antisemitismus klingt sehr rabbinisch. (Schriftl.)

Kleine Nachrichten.

Thulegesellschaft.

Am Samstag, den 10. Juli, liest in der Thulegesellschaft, Marstallstraße (Deutsches Heim) der Schriftsteller Leopold Weber aus seiner Dichtung „Götter der Edda". Gäste sind willkommen.

Deutscher Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft. Mittwoch, den 7. Juli, abends ½8 Uhr, öffentlicher Sprechabend (Nichtmitglieder und Gegner willkommen) im Gasthaus zum Pestalozzi, Pestalozzistraße 4.

Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände. Über Preissteigerung und Arbeitgeber-Gehaltpolitik (Nürnberger Beschlüsse der Arbeitgeberverbände vom 10. Juni gegen jede weitere Gehaltserhöhung) findet am Freitag, den 9. Juli, eine Versammlung statt. Näheres wird durch Anschlag bekanntgegeben.

Unterm Scheinwerfer.

Die Hauptstadt des ungarischen Kirschenlandes ohne Kirschen.

Wie man auch im erwachenden Ungarn den Juden die Macht in die Hände zu spielen verstand, zeigt folgender Bericht.

Das „Christliche Odenburger Tagblatt" vom 18. Juni beklagt sich darüber, daß fast alle Kirschen vom Markt in Odenburg verschwunden seien oder wenn erhältlich, nur sündteuer. Es macht für diesen Übelstand die Juden verantwortlich, vor allem die Leitung des städtischen Approvisierungsamtes, darin einen Herrn Schlesinger. Dazu bemerkt es wörtlich: „Wieder hat man einen Juden, der sich in den weitesten Kreisen Odenburgs der größten Unpopularität erfreut, mit einer gewissen Machtvollkommenheit bekleidet, trotzdem der christliche Kurs in naiven Seelen die Voraussetzung aufkommen ließ, daß die Macht und der Einfluß des Judentums eher vermindert als noch mehr erweitert werden sollte. Natürlich kommt bei derartigen Machenschaften nichts Gutes heraus, denn wir müssen wahrnehmen, daß sich das spekulierende und preistreibende Judentum auf der ganzen Linie und mit voller Wucht wieder auf einen Bedarfsartikel geworfen hat, dessen Verteuerung dieser parisitären Rasse abermals einen Millionenrebbach in den unersättlichen Rachen werfen soll.

Überall und überall ist der Jude" schreibt das Blatt weiter, „dort zu finden, wo es gilt, den Rahm abzuschöpfen. Während die hiesige Expositur des Ernährungsministeriums dem Treiben der Juden, die sich auch in der Frage der Obstausfuhr mit größter Verständnisinnigkeit in die Hände arbeiten, mit größter Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit gegenüber steht, hat die internationale Judenmacht über Ungarn ab 20. d. M. den Boykott verhängt! Das sind also die Erfolge des christlichen Kurses: Den Juden geht es in Ungarn heute besser denn je!"

Diese Worte könnten ebensogut für Deutschland geschrieben sein. Noch immer will die deutsche Christenheit nicht einsehen, daß sie sich in einem Notwehrzustand befindet, daß nur gemeinsamer Kampf, frei von aller übertriebenen christlichen Nächstenliebe, uns retten kann. Von dieser Erkenntnis wird nicht bloß Wohl und Wehe der Kirche, sondern des gesamten deutschen Volkes abhängen.

A. M.

Die Verfolgten.

Die badische israelitische Landessynode setzte sich mit der durch die Trennung von Kirche und Staat gegebenen neuen Rechtslage auseinander, wobei ein Ausschuß zur Ausarbeitung einer Verfassung gewählt wurde. Nach der „Frankfurter Zeitung" fand der Ministerialkommissar, Geh. Rat E. Schwörer, beim Abschied „herzliche Worte des Wohlwollens für die israelitische Religionsgemeinschaft und Worte ernster Mißbilligung des Antisemitismus".

Und wenn die Juden sich noch so sehr bemühen, sich durch alle möglichen Synoden nach außen als „Religionsgemeinschaft" hinzustellen, so werden die Deutschen, die das glauben sollen, dennoch täglich weniger.

Es ist Krieg!

Noch immer begreifen viele Deutsche nicht, daß wir im offenen Verteidigungskriege mit Juda sind. Und sie wiederholen das würdelose Benehmen, das draußen im Felde so viele gezeigt haben: über das Gebot des menschlichen Anstands hinaus mit dem Gegner freundschaftlichen Verkehr zu pflegen. Es geht z. B. nicht an, daß ein Mitglied eines deutschvölkischen Bundes, das nie einen Zweifel an seiner vaterländischen Gesinnung zu dulden pflegt, mit seiner Frau, wie es tatsächlich vorgekommen ist, an einem Nürnberg-Fürther Tennisturnier teilnimmt, dessen Leiter ein Herr Eugen Tuchmann ist, dessen Teilnehmer Leute mit Namen wie Steinlein, Schönleben, Guggenheim, Neumark, Kohnstamm, Gutmann, Meier und Stein sind.

Es handelt sich bei dieser Feststellung um keine Schnüffelei in Privatangelegenheiten einzelner. Es gibt Beziehungen, die sich nicht mit einer Programmforderung bestimmen lassen. Aber es ist Zeit, daß die Deutschen, die ihr Volk nicht verraten wollen, die Folgerung aus ihrer Erkenntnis ziehen: hie deutsch — dort jüdisch!

Jüdische Kampfansage.

Die „Deutsche Israelitische Zeitung" (Nr. 21) schreibt: „Aus Gießen wird berichtet: Die hiesige Medizinerschaft, welche den größten Teil der medizinischen Fakultät an der hiesigen Universität umfaßt, hat beschlossen, alle Angehörigen der semitischen Rasse aus der Gießener Medizinerschaft auszuschließen." Daran knüpft sich der vielsagende Satz, der wieder den Pferdefuß durchblicken läßt: „Es wird wohl dafür gesorgt werden, daß die antisemitischen Bäume nicht in den Himmel wachsen."

Judentum und Sozialdemokratie.

In Wien sollte am 24. Juni der wegen eines Verbrechens der Veruntreuung in Haft befindliche Jude Isidor Atlas dem Bezirksgericht Bruck überführt werden. Kurz vor Abgang des Zuges erschienen bei dem Gefangenenwärter sozialdemokratische Vertrauensmänner und verlangten Auskunft darüber, warum sich Atlas in Haft befinde. Atlas behauptete gleichzeitig, er sei Tschechoslowake und solle wegen politischer Umtriebe an Ungarn ausgeliefert werden. Die amtlichen Dokumente und Begleitpapiere des Inhaftierten besagten jedoch anderes. Nichtsdestoweniger erklärten die Vertrauensmänner, der Zug werde nicht eher abgehen, bevor ihn nicht die Eskorte verlassen habe. Der Zug fuhr denn auch tatsächlich nicht ab, und als Atlas mit seinem „Schutzengel" den Zug verließ, wendeten sich die Vertrauensmänner telephonisch an den maßgebenden Genossen, Staatssekretär Eldersch, um ihn zur Intervention zugunsten des Verbrechers zu veranlassen. Dieser wandte sich an das Staatsamt für Justiz, und wirklich erhielt der Gefangenenwärter bald darauf den telephonischen Bescheid, den Isidor Atlas wieder zurückzubringen, da seine Überweisung nach Bruck „auf unbestimmte Zeit verschoben sei". — Man sieht, wie prompt und mit welcher Gewandtheit die Sozialdemokratie arbeitet, wenn es gilt, einem Juden zu Hilfe zu kommen. So ist heute der ganze Staatsapparat nicht bloß in Österreich, sondern auch in Deutschland von seinen jüdischen Fäden durchzogen, damit Israel, wenn nötig, jeden, der sich um seine Sache stark hervorgetan hat, von der Bildfläche verschwinden lassen kann. Und dieses Netz wird immer weiter im stillen ausgebaut. Je engmaschiger es aber ist, desto schwerer können wir uns davon befreien. Ein nüchternes Urteil über ein politisches Bild können wir heute nur bekommen, wenn wir die eine Tatsache in Rechnung ziehen, daß die Enden der politischen Zügel in den Händen der Juden liegen.

A. M.

Auch ein Grund!

Ein galizischer Jude, der während des Krieges nach München kam, hatte damals keine ganze Hose am Leibe. Jetzt besitzt er ein schönes Haus. Den Kaufpreis hat er sich wahrscheinlich von einem Arbeitslohn zusammengespart. Wenn „fleißigen und ehrlichen Mitbürgern" dieser Art dann nahegelegt wird, sie möchten sich doch wo anders betätigen, da aus unserem armen Volk doch nicht mehr viel herauszuholen ist, kommt regelmäßig — außer allerlei Vorwänden — das Gesuch, „zur Abwicklung von Geschäften" Frist zu gewähren. Denn da es sich um Millionengeschäfte handelte, wären die Betreffenden sonst zu arg geschädigt. Nun freilich! Der arme Jude muß eben erst noch ein paar Millionen aus dem deutschen Volke herausziehen!

Neue Schwierigkeiten im Bankgewerbe.

Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses auf Erhöhung der Teuerungszulagen für die Bankangestellten ist von den Großbanken nicht anerkannt worden. Die Angestellten verweigern daraufhin die Leistung der tarifmäßig nicht festgelegten Überstunden, worauf die Banken mit Entlassung drohen. Infolgedessen besteht bei den Angestellten Streikneigung. Zwischen Bankleitungen und Angestellten wird verhandelt.

Der „Völkische Beobachter" bringt in Nr. 63:

Das Gesetz zur Befreiung Deutschlands von Wucher und Schiebertum.

und in Nr. 64

Die Forderungen zur Brechung der Zinsknechtschaft.

Schrönghamer-Heimdal
KAPITALISMUS
sein Wesen, seine Wirkung und seine Wandlung zum Wohlstande aller
Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg
Preis M. 1.— und 10% Teuerungszuschlag, bei Mehrbezug billiger

Der seit einigen Jahren immer vordringlicher werdende Ruf nach Brechung der Diktatur des ewigen Juden, des Symbols des Kapitalismus und der Zinsknechtschaft, ertönt über aufs neue. Schrönghamer-Heimdal ist einer der wohlbekannten Vorkämpfer dieser Befreiungsidee. Aber es gilt noch Hunderttausenden die Augen zu öffnen über die Wurzeln unseres Zeitübels, deren letzte folgerichtige Konsequenz der Krieg und der drohende Bolschewismus sind.

TELEPHON NR. 22176 CARL BLANK BAADERSTRASSE 6
SPEDITION - MÖBELTRANSPORT - LAGERHAUS
GÜTERTRANSPORTE, VERPACKUNG, FERNUMZÜGE, GEPÄCKBEFÖRDERUNG, VERTEILUNG VON WAGENLADUNGEN, MÖBELAUFBEWAHRUNG